

Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 31 (2004)
Heft: 4

Artikel: Politik : eine Aussenministerin der klaren Worte
Autor: Keller, Gabrielle / Calmy-Rey, Micheline
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-910009>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Eine Aussenministerin der klaren Worte

Martin Stollenwerk/Remotephoto



Bundesrätin Micheline Calmy-Rey

Micheline Calmy-Rey gibt der Aussenpolitik ein neues Gesicht: Sie ist eine Bundesrätin, die kein Blatt vor den Mund nimmt. Von den Auslandschweizern erhofft sie sich einen Beitrag an «eine offene und solidarische Schweiz».

«Schweizer Revue»: Frau Bundesrätin, wie ist Ihr Bezug zur Fünften Schweiz?

Micheline Calmy-Rey: Ich treffe auf meinen Auslandreisen gelegentlich mit Mitbürgerinnen und Mitbürgern zusammen. Durch solche Begegnungen sehe ich, wie sehr unsere Landsleute zum Image der Schweiz in ihrem Wohnsitzstaat beitragen. Der den Auslandschweizerinnen und Auslandschweizern verliehene Titel als Botschafter der Schweiz hat daher durchaus seine Berechtigung.

Der Bund setzt den Rotstift an Stellen an, welche die Auslandschweizer und das Bild unseres Landes im Ausland betreffen. Dies zieht sich wie ein roter Faden durch die Departemente. Selbst bescheidene Investitionen werden gekürzt. Ich denke an den Druck auf die Schweizer Schulen im Ausland, die Ausdünnung des Konsularnetzes, die Streichung der Bundesbeiträge für swissinfo. Wie wichtig sind den Bundesbehörden denn überhaupt die Auslandschweizer?

Dass der Bund gegenwärtig sparen muss, bekommen neben den Inlandschweizern auch die Auslandschweizer zu spüren. Immerhin konnten die entsprechenden Budgets, über welche mein Departement verfügt, gehalten werden. Dies betrifft natürlich den Beitrag des EDA an die Auslandschweizer-Organisation, das Budget für die «Schweizer Revue» und dasjenige für

«Präsenz Schweiz». Von einer Ausdünnung des konsularischen Netzes ist seit Jahren nicht mehr die Rede. Die von unseren Vertretungen erbrachten Dienstleistungen zu Gunsten unserer Landsleute im Ausland haben keinerlei Abstriche erfahren.

Dass der Bund bei Schweizer Radio International beziehungsweise swissinfo den Wechsel zu einer Internet-Plattform zu Einsparungen zu nutzen sucht, scheint mir vertretbar. Der Bund wird sich aber keineswegs von swissinfo verabschieden. Das neue Gesetz über Radio und Fernsehen wird die Modalitäten der zukünftigen Unterstützung durch den Bund regeln. Kritischer steht es um das Budget für die Schweizerschulen im Ausland.

Ich kann Ihnen trotzdem versichern, dass die Bundesbehörden die Auslandschweizer trotz Sparbemühungen nicht vergessen haben. Im Quervergleich macht die Schweiz sehr viel für ihre Auslandbürger. Dass zum Beispiel ein Schweizer im Ausland, der in eine wirtschaftliche Notlage gerät, von seinem Wohnsitzland aus zumindest temporär vom Bund Fürsorgeleistungen beanspruchen kann, ist wohl einmalig.

Befürchten Sie nicht, dass solche Sparübungen langfristig kontraproduktiv sein könnten?

Der Staat soll sich sicher nicht «zu Tode sparen». Die Sparbemühungen des Bundes dürfen daher nicht so weit gehen, dass Bewährtes und Erhaltenswertes in der Substanz getroffen wird.

Ihr Herz schlägt für die Menschenrechte und für den Frieden. Ihr diesbezügliches Engagement präsentieren Sie medienwirksam. Wie volksnah kann ein Politiker sein, ohne damit der Ernsthaftigkeit des Anliegens zu schaden?

Ich versuche einfach, meine Arbeit zu tun. Ich möchte die Schweiz vorwärts bringen, sie gut positionieren, ihre Interessen wahren. Den Menschen und ihren Sorgen nahe zu sein, kann nicht nachteilig sein.

Manche Beobachter werten Ihr aussenpolitisches Engagement als eine Positionierung, die der kleinen und neutralen Schweiz nicht sonderlich gut ansteht. Immer häufiger nimmt Ihr Departement Stellung gegen aussen. Welchen Stellenwert hat heute noch die Neutralität?

Der Status der permanenten Neutralität verbietet es uns, einem Militärbündnis an-

zugehören; denn dies könnte uns in einen zwischenstaatlichen Konflikt hineinziehen. Neutralität ist jedoch kein Synonym für Gleichgültigkeit. Neutralität heisst auch Verpflichtung. Man darf etwa gegenüber einem Völkermord nicht gleichgültig sein. Ein neutrales Land ohne verdeckte Agenda und ohne Expansionsabsichten kann und muss in solchen Fällen Klartext reden, und es wirkt dann auch glaubwürdig.

Teilen Sie Christoph Blochers Meinung, Neutralität schütze vor Terrorismus?

Es steht mir nicht zu, Aussagen eines anderen Mitglieds des Bundesrates zu kommentieren.

Durch Bekämpfung der Armut wollen Sie den Frieden fördern. Gerade in Bezug auf islamistische Terror-Gruppen bestreiten dies Spezialisten und behaupten, nicht materielle Not, sondern politische Machtansprüche seien die Beweggründe für Terrorismus.

Um den Terrorismus wirksam zu bekämpfen, ist es notwendig, auch seine Ursachen anzugehen. Auch wenn es keinen direkten Zusammenhang zwischen Armut und Gewalt gibt, so begünstigt die Armut und insbesondere das Fehlen einer Perspektive für eine wirtschaftliche und soziale Beserstellung die Entwicklung terroristischer Organisationen. Die Eindämmung des Terrorismus führt daher nicht zuletzt auch über die Bekämpfung der Armut.

Seit den letzten Gesamterneuerungswahlen sind Sie die einzige Frau im Bundesrat. Wo stehen wir in der Schweiz punkto Frauenrechte? Wo ist, Ihrer Ansicht nach, korrigierendes Eingreifen nötig?

Auf rechtlicher Ebene haben wir die Gleichstellung von Frau und Mann weitgehend erreicht. Problematisch sind bei uns weiterhin überholte Rollenbilder, die zum Beispiel das Wählerverhalten oder unsere Institutionen prägen. Auch Frauen verknüpfen Politik häufig mit einem männlichen Rollenbild. Wir brauchen mehr Frauen in der Politik, um solche Bilder aufzubrechen. Hier sind die politischen Parteien gefordert. Der Erwerbstätigkeit von Frauen wird weder in der Arbeitswelt noch beispielsweise im Schulwesen ausreichend Rechnung getragen. Bezuglich Vereinbarkeit von Familie und Beruf besteht grosser Handlungsbedarf sowohl seitens Politik als auch seitens Wirtschaft. Zu den Beziehungen der Schweiz zur EU:

Zum jetzigen Zeitpunkt kann die Schweiz nur noch den bilateralen Weg gehen. Ist das für Sie nicht frustrierend? Ist der bilaterale Weg nicht eine Sackgasse?

Der Weg der bilateralen Abkommen ist vom Schweizer Volk gewählt worden und wird vom Bundesrat umgesetzt.

Wenn Sie ein «Euroskeptiker» sind, dann können Sie die Bilateralen als gute Möglichkeit verstehen, unsere Interessen zu wahren, ohne der EU beitreten zu müssen. Wenn Sie dagegen zu den «Eurooptimisten» gehören, sehen Sie in ihnen ein Mittel zur verstärkten Zusammenarbeit mit der EU.

Wie wirkt sich die Osterweiterung auf die Beziehungen unseres Landes zur Europäischen Union aus?

Die Osterweiterung der EU bedeutet die endgültige Überwindung der Spaltung Europas durch den Kalten Krieg, wirtschaftlich und politisch. Sie stellt somit einen bedeutenden Beitrag zu Wohlstand und Stabilität unseres Kontinents dar. Davon wird auch die Schweizer Bevölkerung profitieren. Die grossen Herausforderungen, die die Schweiz heute kennt, sind im Grossen und Ganzen dieselben wie die der Nachbarstaaten. Ein erweitertes, wirtschaftlich und politisch gestärktes Europa, das in der Lage ist, diese Herausforderungen erfolgreich zu bewältigen, kann somit für uns nur positiv sein.

Wo stehen wir nun jetzt: Wir haben soeben neun neue bilaterale Verträge mit der EU und ihren 25 Mitgliedsstaaten politisch abgeschlossen. Dies zeigt, dass der bilaterale Weg auch mit einer erweiterten EU möglich ist. Dieser Weg wird sicherlich nicht einfacher, aber einfacher war er ja nie.

Als unsere Aussenministerin sind Sie auch erste Botschafterin der Fünften Schweiz. Was erwarten Sie von der politischen Partizipation der Auslandschweizer?

Es schiene mir vermessen, eine Erwartung auszusprechen. Ich freue mich ganz einfach, dass mittlerweile fast 90 000 Mitbürgerinnen und Mitbürger vom Ausland her ihre politischen Rechte aktiv wahrnehmen. Und natürlich würde ich mich freuen, wenn unsere Auslandbürger durch ihre politische Mitwirkung einen Beitrag leisten würden an eine offene und solidarische Schweiz, für die ich als Aussenministerin in meiner täglichen Arbeit einstehe. Interview: Gabrielle Keller